

Provisorische Nationalversammlung. — 9. Sitzung am 12. Dezember 1918.

17

N.V./I.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Handel, betreffend die Beschleunigung der Sachdemobilisierung.

Aus den öffentlichen Blättern ist zu erfahren, daß die auf dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten die Forderung erheben, daß ihnen Teile der Sachdemobilisierungsgüter in natura überlassen werden. Man war allgemein der Auffassung, daß eine derartige Überlassung in natura wenigstens hinsichtlich der im Machtbereiche der deutschösterreichischen Regierung lagernden Güter schon darum unmöglich sei, weil man annehmen mußte, daß die Verteilung dieser Güter, die für den Wiederaufbau unserer schwer bedrängten Volkswirtschaft unumgänglich notwendig sind, schon längst stattgefunden haben mußte und es sich daher lediglich um einen finanziellen Ausgleich unter den einzelnen Nationalstaaten handeln konnte.

Zu ihrer Verwunderung haben die Unterfertigten festgestellt, daß, trotzdem bereits seit Monaten der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung von den verschiedenen Korporationen der Industrie und der Kaufmannschaft ins Detail gehende konkrete Vorschläge über die Organisation der Sachdemobilisierung gemacht wurden und trotzdem von diesen Stellen immer und immer wieder mit allem Nachdruck darauf verwiesen wurde, daß die Sicherung der Güter und ihre Aufteilung im Interesse der Volkswirtschaft gelegen sei und nur bei raschem Zugreifen erledigt werden könnte, bis zum heutigen Tage außer theoretischen Beratungen noch nichts

geschehen ist. Die Folge dieses unbegreiflichen Vorgehens unserer Bureaucratie ist es, daß die Sachdemobilisierungsgüter, soweit sie nicht verdorben oder gestohlen worden sind, nunmehr in natura geteilt werden müssen, wobei ein in Hunderte von Millionen gehender Schaden für Handel, Industrie und Gewerbe und für den gesamten Konsum unserer Volkswirtschaft erwächst.

Dem Vernehmen nach sollen an diesen Vorgängen die der früheren Zeit satzhaft bekannten Kompetenzkonflikte zwischen den einzelnen Zentralstellen die Schuld tragen. Statt praktische Arbeit zu leisten, streiten das Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft, das ein eigenes Materialverwertungsamt errichtet hat, und die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung darüber, wer das entscheidende Wort zu sprechen hat. Dazu soll jetzt noch das Staatsamt für Heerwesen kommen, das in völlig unbegreiflicher Weise und in völliger Verkenntnis der volkswirtschaftlichen Situation Waren, die für den Krieg beschafft worden sind, sich für seine Friedenswirtschaft vorzubehalten sucht. Es steht dies natürlich mit den Prinzipien, eine Miliz zu gründen, in völligem Widerspruch und erweckt den Anschein, als ob die militärische Bureaucratie, die die Hauptschuld an unseren Niederlagen getragen hat, versuchen will, sich auch in den Frieden hinüberzuretten.

Provisorische Nationalversammlung. — 9. Sitzung am 12. Dezember 1918.

Die Unterfertigten stellen daher an den Herrn Staatssekretär folgende Fragen:

„1. Ist derselbe gewillt, die Übergabe sämtlicher Depots und Materialien zur sofortigen Verwertung an die zuständige Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu veranlassen und dieser den Auftrag zu erteilen, ungefäumt mit der Abgabe der Waren an jene öffentliche Anstalten, welche die Waren benötigen, vorzugehen, jene Teile der Demobilisierungsgüter aber, welche nicht notwendig zurückbehalten werden müssen, so rasch und so gut als möglich zu veräußern?“

2. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, der Nationalversammlung in kürzester Zeit

einen Bericht zu erstatten, wobei sich die Hauptanstalt sachkundiger Mithilfe der sachlichen Kreise (zum Beispiel Reichsverband der Baumaterialienhändler und ähnlicher Korporationen) in größtem Umfange zu bedienen hätte?

3. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, der Nationalversammlung über die Umstände und Schuldpersonen zu berichten, die die unverantwortliche Verzögerung der Aktion, die zu einem schweren Schaden für die Bevölkerung und für die Staatsfinanzen geworden ist, verursacht haben und auf welche Weise gedenkt er die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen?“

Wien, 12. Dezember 1918.

Waber.
Denf.
Dr. Heislinger.
Dr. Erler.
Bayer.

Dr. Schürff.
Rittinger.
Richter.
Wedra.
Dr. Köstler.